

Deutscher Bundestag

Stenographischer Bericht

177. Sitzung

Bonn, Dienstag, den 28. November 1989

Inhalt:

Erweiterung der Tagesordnung	13479 A	Wüppesahl fraktionslos	13525 A
Nachträgliche Überweisung eines Antrages — Drucksache 11/5692 — an den Haushalts- ausschuß	13479 B	Frau Dr. Vollmer GRÜNE	13527 A
Zusatztagesordnungspunkt: Erste Beratung des von der Bundesregie- rung eingebrachten Entwurfs eines Ge- setzes über die Statistik der Straßenver- kehrsunfälle (Straßenverkehrsunfallsta- tistikgesetz) (Drucksache 11/5464) . . .	13479 A	Roth SPD	13527 D
Tagesordnungspunkt I: Zweite Beratung des von der Bundesre- gierung eingebrachten Entwurfs eines Gesetzes über die Feststellung des Bun- deshaushaltsplans für das Haushaltsjahr 1990 (Haushaltsgesetz 1990) (Drucksa- chen 11/5000, 11/5321, 11/5389)		Austermann CDU/CSU	13529 C
Einzelplan 04 Geschäftsbereich des Bundeskanzlers und des Bundeskanzleramtes		Jungmann (Wittmoldt) SPD	13532 A
Dr. Vogel SPD	13479 D	Namentliche Abstimmung	13533 D
Dr. Bötsch CDU/CSU	13488 C	Ergebnis	13536 B
Frau Oesterle-Schwerin GRÜNE	13492 B	Einzelplan 27 Geschäftsbereich des Bundesministers für innerdeutsche Beziehungen	
Dr. Graf Lambsdorff FDP	13496 A	Hiller (Lübeck) SPD	13534 A
Dr. Kohl, Bundeskanzler	13502 D	Dr. Neuling CDU/CSU	13538 A
Voigt (Frankfurt) SPD	13514 B	Frau Frieß GRÜNE	13541 D
Bohl CDU/CSU	13516 A	Hoppe FDP	13544 A
Frau Eid GRÜNE	13518 C	Frau Dr. Wilms, Bundesminister BMB . . .	13545 D
Genscher, Bundesminister AA	13520 B	Frau Terborg SPD	13548 D
Dr. Meisner, Senator des Landes Berlin . .	13523 C	Lintner CDU/CSU	13550 D
		Heimann SPD	13552 C
		Weisskirchen (Wiesloch) SPD	13553 B
		Stratmann GRÜNE (Erklärung nach § 31 GO)	13555 A
		Einzelplan 05 Geschäftsbereich des Auswärtigen Amtes	
		Waltemathe SPD	13555 C
		Dr. Rose CDU/CSU	13557 C
		Dr. Lippelt (Hannover) GRÜNE	13561 B
		Hoppe FDP	13563 A
		Stobbe SPD	13564 A

(A)

(C)

177. Sitzung

Bonn, den 28. November 1989

Beginn: 9.00 Uhr

Präsidentin Dr. Süßmuth: Guten Morgen, meine Damen und Herren.

(Die Schriftführer nehmen ihre Plätze ein)

— Wir sind vollzählig, jedenfalls hier oben.

(Heiterkeit)

Ich eröffne die 177. Sitzung des Deutschen Bundestages und komme zunächst rasch zu den wichtigen Vorvereinbarungen.

Nach einer interfraktionellen Vereinbarung soll die heutige Tagesordnung erweitert werden um die

Erste Beratung des von der Bundesregierung eingebrachten Entwurfs eines Gesetzes über die Statistik der Straßenverkehrsunfälle (Straßenverkehrsunfallstatistikgesetz — StVUnf-StatG)

— Drucksache 11/5464 —

Überweisungsvorschlag des Ältestenrates:
Ausschuß für Verkehr (federführend)
Innenausschuß

Ich rufe diesen Punkt sogleich auf. Eine Aussprache ist nicht vorgesehen.

Der Gesetzentwurf soll dem Ausschuß für Verkehr zur federführenden Beratung und dem Innenausschuß zur Mitberatung überwiesen werden. Sind Sie damit einverstanden? — Ich höre keinen Widerspruch. Es ist dann so beschlossen.

Auf Wunsch des Haushaltsausschusses wird interfraktionell vorgeschlagen, den in der 176. Sitzung des Bundestages überwiesenen Antrag der Fraktion der SPD „Zur Unterstützung der Reformen und Soforthilfe für Polen“ — Drucksache 11/5692 — nachträglich auch dem Haushaltsausschuß zur Mitberatung zu überweisen.

Sind Sie mit der nachträglichen Überweisung einverstanden? — Auch dazu höre ich keinen Widerspruch. Dann ist es so beschlossen.

Ich rufe den Tagesordnungspunkt I auf:

Zweite Beratung des von der Bundesregierung eingebrachten Entwurfs eines Gesetzes über die Feststellung des Bundeshaushaltsplans für das Haushaltsjahr 1990

(Haushaltsgesetz 1990)

— Drucksachen 11/5000, 11/5321, 11/5389 —

Beschlußempfehlungen und Bericht des Haushaltsausschusses (8. Ausschuß)

Wir kommen zur Beratung der Einzelpläne.

Ich rufe auf:

Einzelplan 04

Geschäftsbereich des Bundeskanzlers und des Bundeskanzleramtes

— Drucksachen 11/5554, 11/5581 —

Berichterstatte:

Abgeordnete Jungmann (Wittmoldt)

Austermann

Dr. Weng (Gerlingen)

Frau Rust

Zum Einzelplan 04 liegt auf Drucksache 11/5882 unter Nr. I ein Änderungsantrag der Fraktion der SPD vor.

Meine Damen und Herren, nach einer Vereinbarung im Ältestenrat sind für die Beratung fünf Stunden vorgesehen. Eine Mittagspause ist von 13 bis 14 Uhr vorgesehen.

Ich eröffne die Aussprache. Das Wort hat Herr Dr. Vogel.

Dr. Vogel (SPD): Frau Präsidentin! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Zunächst und vor allem richte ich an diesem Tag und von dieser Stelle aus einen solidarischen **Gruß an das tschechoslowakische Volk.**

(Beifall bei allen Fraktionen)

Es hat in einer ebenso eindrucksvollen wie gewaltlosen Erhebung damit begonnen, ein System abzuschütteln, das sich zuletzt nur noch mit brutaler Gewalt an der Macht hielt. Und es hat damit begonnen, Freiheit und Demokratie auch in diesem Herzland Europas wiederherzustellen. Wir nehmen an der Freude unseres Nachbarvolkes teil. Ich grüße zwei Männer als Repräsentanten dieser Volksbewegung, Václav Havel und Alexander Dubček —

(Beifall bei allen Fraktionen)

(B)

(D)

Dr. Graf Lambsdorff

- (A) Wir halten das im Interesse der Arbeitnehmer und im Interesse unserer Wirtschaft für völlig unangebracht.

Die größte Gefahr für ein anhaltendes Wirtschaftswachstum droht von unangemessenen Tarifabschlüssen und vor allem von überzogenen **Arbeitszeitverkürzungen**, mit denen jede Besserung auf dem Arbeitsmarkt von vornherein verhindert würde, gerade für wenig qualifizierte Arbeitnehmer.

(Beifall bei der FDP und der CDU/CSU — Widerspruch bei der SPD)

Und außerdem, meine Damen und Herren: Die Leute wollen ja auch mehr Geld! Sie brauchen es übrigens, um die viele Freizeit zu finanzieren — das ist ja alles in Ordnung —, die sie jetzt schon haben.

Wir geben die Hoffnung nicht auf, daß alle, die es angeht, unsere Lage erkennen und dabei auch die riesigen Erwartungen auf Unterstützung in Rechnung stellen, die an uns gestellt werden: aus der DDR, aus Polen, aus Ungarn, aus der Sowjetunion; und die CSSR mag auch bald dazukommen. Wir dürfen darüber im übrigen nicht die Entwicklungsländer vergessen, nicht die wirtschaftlich rückständigen Mitgliedstaaten der EG; auch da gibt es Verpflichtungen.

(Beifall bei der FDP und bei Abgeordneten der SPD)

Es ist keine patriotische Übertreibung, wenn ich sage: Alle blicken in Europa zuerst auf die Deutschen. Auch in der Europäischen Gemeinschaft ist das leider nicht anders, wenn es um Hilfe für andere geht.

- (B) (Sehr richtig! bei der FDP)

Der Bundeskanzler wird es nach seinen jüngsten Besuchen in Paris und Straßburg bestätigen können. Es ist ja gut, wenn man im Ministerrat und in dem noch größeren, höheren und schöneren Europäischen Rat oder gar beim Abendessen beschließt, die hehre Europäische Gemeinschaft soll helfen. Aber daß die nationalen Regierungen der Europäischen Gemeinschaft dafür dann auch das Geld geben müssen, um zu helfen, ist immer der zweite Schritt, und der sollte dann freundlicherweise auch getan werden.

Eine solche Entwicklung, eine solche Diskussion und manche Zurückhaltung braucht uns nicht zu gefallen, und es braucht uns vielleicht auch nicht zu gefallen, daß wir diejenigen sind, die vordringlich in Anspruch genommen werden. Aber das ist eben auch ein Zeichen dafür, welchen **wirtschaftlichen Rang** und welchen **politischen Ruf** wir inzwischen erworben haben. Ich sage für meine Freunde in allem Ernst: Die **Bundesrepublik Deutschland** muß auch die Bürde der Erfolge tragen, die sie sich selbst erarbeitet hat. Wir können sicherlich nicht alle Wünsche erfüllen. Aber wir können uns erst recht nicht abwenden, wenn ein paar hundert Kilometer weiter ganze Völker vor einem Winter mit drohendem Hunger und Kälte stehen.

(Beifall bei der FDP, der CDU/CSU und der SPD sowie der Abg. Frau Garbe [GRÜNE])

Wir können uns nicht abwenden, wenn der Weg zu mehr Freiheit überall in Europa gesichert werden muß.

Wir Liberale sagen ja zu solchen Verpflichtungen. Die Politik der Mehrheit des Bundestages, die Politik der von uns getragenen Bundesregierung hat die Voraussetzungen für eine **verantwortungsvolle Rolle** der Bundesrepublik in Europa und darüber hinaus geschaffen. Die Zeichen stehen gut, daß wir diese Position auch künftig einnehmen können. Sie stehen gut dafür, daß wir bei wachsendem Wohlstand im eigenen Land auch unseren Beitrag zu einer internationalen Freiheits- und Friedensgemeinschaft noch besser als bisher leisten können.

Damit es dabei bleibt, werden wir die bisher verfolgte Politik in allen ihren Bereichen noch konsequenter betreiben müssen. Dazu sind die Freien Demokraten bereit.

(Kuhlwein [SPD]: Ist das eine Drohung?)

Wir ermutigen die Bundesregierung, und wir ermutigen die Koalition, das kommende Jahr nicht mit Versprechungen und Wahlgeschenken zu vertun, sondern den eingeschlagenen Weg in der Innen- und in der Außenpolitik unbeirrt voranzugehen. Wir haben als Bundesrepublik — und da wir nun einmal die gewählte Regierung sind: als Bundesregierung und Koalition — eine große Verantwortung — trotz Wahlen, trotz eines Wahljahres. Ihr müssen wir gerecht werden. Wir wollen unseren Beitrag dazu leisten.

(Lebhafter Beifall bei der FDP und der CDU/CSU)

Vizepräsident Cronenberg: Das Wort hat der Bundeskanzler, Herr Dr. Helmut Kohl.

Dr. Kohl, Bundeskanzler: Herr Präsident! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Zur Haushaltsdebatte mit der Diskussion über den Etat des Bundeskanzlers gehört selbstverständlich eine Diskussion über alle relevanten und wichtigen Bereiche der Politik. Zu einer solchen Debatte gehört selbstverständlich auch die Kritik.

Herr Kollege Vogel, ich habe schon den Eindruck, daß der Kollege Lambsdorff recht hat: Sie waren heute — zumindest zum Teil — bemerkenswert zurückhaltend. Ich hätte mit eigentlich gewünscht, daß Sie etwas mehr zu dem Thema **Wirtschaftspolitik** gesagt hätten, denn in den vergangenen Jahren haben Sie in bezug auf die wirtschaftliche Entwicklung jeweils wahre Horrorgemälde entworfen. Nichts von dem ist eingetreten!

(Beifall bei der CDU/CSU und der FDP)

Aber Sie haben Ihre Rede sodann — das entspricht ja seit langem Ihrer Taktik — praktisch in zwei Teile geteilt, zum einen in das übliche Angebot zur Gemeinsamkeit, um dann im zweiten Teil zur Beschimpfung des politischen Gegners überzugehen.

(Zustimmung bei der CDU/CSU — Dr. Vogel [SPD]: Das ist ja lächerlich! — Weitere Zurufe von der SPD)

Bundeskanzler Dr. Kohl

(A) — Wissen Sie, das Bild, das Sie hier von der sozialen Wirklichkeit der Bundesrepublik gezeichnet haben, hat mit der Wirklichkeit nun gar nichts zu tun.

(Zustimmung bei der CDU/CSU und der FDP
— Kühbacher [SPD]: Wir wollen Ihnen doch nicht wehtun!)

Weil dies so ist, ist auch das, was Sie zu dem ersten Teil gesagt haben, für mich nicht sehr überzeugend.

Schwerpunkt der heutigen Debatte ist notwendigerweise und ganz selbstverständlich die dramatische Veränderung in Mittel-, Ost- und Südosteuropa, nicht zuletzt und vor allem auch in der DDR. Bevor ich mich diesem eigentlichen Thema meines Redebeitrags zuwende, ist es, glaube ich, notwendig, daß wir über einiges sprechen, was im abgelaufenen Jahr die Entwicklung unserer Bundesrepublik Deutschland im Innern ausgezeichnet hat. Ich spreche deswegen zunächst einmal zum Thema **Wirtschaftsentwicklung** und auch zur Entwicklung der Reformpolitik dieser Koalition und der Bundesregierung.

Die deutsche Wirtschaft, die Wirtschaft der Bundesrepublik Deutschland, wächst nun im siebten Jahr. Sie wird nach allem, was wir voraussehen können, auch im kommenden Jahr wachsen. Das Gutachten der Sachverständigen hat dies in der vergangenen Woche ja auch wieder deutlich hervorgehoben.

(B) Meine Damen und Herren, die reale Leistung unserer Volkswirtschaft ist heute um ein rundes Fünftel höher als 1982. Das bedeutet nicht nur mehr **Wohlstand** für den einzelnen, sondern auch mehr Möglichkeiten der Vorsorge für eine **lebenswerte Umwelt** im Interesse der nachfolgenden Generationen. Ich schließe mich hier ganz dem an, was Graf Lambsdorff gerade gesagt hat: Das gibt uns überhaupt erst die Chance, anderen helfen zu können.

(Beifall bei der CDU/CSU und der FDP)

beispielsweise in der Dritten Welt, auch unter ökologischen Gesichtspunkten. Wenn ich in diesem Zusammenhang den Schuldenerlaß der Bundesrepublik Deutschland für die ärmsten Länder der Welt betrachte, so stehen wir hinsichtlich der Erfüllung dieser Solidarpflicht immerhin mit an der Spitze der Völker dieser Welt.

(Beifall bei der CDU/CSU und der FDP)

Meine Damen und Herren, aus den Gesprächen der letzten Wochen in Polen, mit dem ungarischen Ministerpräsidenten am Sonntag vor acht Tagen und mit vielen anderen, die aus Mittel-, Ost- und Südosteuropa zu uns kommen, weiß ich, daß diese Länder, die sich in einer zunehmend schwierigen Lage befinden, Hilfe von uns erwarten. Ich bin dafür, daß wir Hilfe gewähren; aber daß wir sie gewähren können, verdanken wir der erfolgreichen Politik der letzten Jahre.

(Beifall bei der CDU/CSU und der FDP)

All jene, die uns ihre Null-Perspektive beim **Wachstum** als eine wirtschaftliche Zukunftsperspektive verkaufen wollten, sind durch die Tatsachen ja längst widerlegt.

(Kühbacher [SPD]: Wer redet hier von Null?)

(C) — Viele reden von Null, wenn sie in diesem Zusammenhang von ihrem Wirtschaftsprogramm reden. —

Meine Damen und Herren, daß wir eine solche Entwicklung haben, ist auch deswegen möglich, weil in der Bundesrepublik wieder ganz selbstverständlich **Mut zum unternehmerischen Risiko** vorhanden ist. Die Unternehmen investieren in diesem Jahr mit zweistelligen Zuwachsraten in Maschinen und Anlagen. Wir begrüßen das. Das hat mit einer ruhigen, mit einer sachlichen, mit einer vernünftigen Rahmensetzung durch die Politik in der Bundesrepublik Deutschland zu tun.

(Beifall bei der CDU/CSU und der FDP)

In allen Volkswirtschaften der Welt wird auch immer die Zahl der **Unternehmensneugründungen** als ein wichtiger Indikator betrachtet. Auch an dieser zunehmenden Zahl kann man erkennen, daß das Vertrauen gewachsen ist. Der **Expansionsprozeß** hat damit — so sagen die Sachverständigen — eine neue Qualität gewonnen. Die deutsche Wirtschaft gehört international wieder zur Spitze. Das ist ein wichtiges Ergebnis, ein Ergebnis vernünftiger politischer Rahmenbedingungen, ein Ergebnis der Leistung der Arbeitnehmererschaft und der Unternehmer in unserem Lande,

(Frau Matthäus-Maier [SPD]: Das war immer so!)

auch ein Ergebnis — trotz aller Auseinandersetzungen — einer vernünftigen Gesprächsatmosphäre zwischen Unternehmern, Wirtschaftsverbänden und Gewerkschaften. All das gehört zusammen.

(Dr. Vogel [SPD]: War das früher anders?)

(D)

Mehr unternehmerischer Mut, mehr private Investitionen bedeuten auch mehr **Arbeitsplätze**. Dieser Zusammenhang hat sich in diesem Jahr einmal mehr eindrucksvoll bestätigt. Die Zahl der Arbeitsplätze wächst seit nunmehr sechs Jahren. Um eine wirklich vergleichbare Entwicklung zu finden, muß man in der Geschichte der Bundesrepublik Deutschland bis in die 50er Jahre zurückgehen.

(Beifall bei der CDU/CSU und bei Abgeordneten der FDP)

Niemals in der 40jährigen Geschichte unserer Republik gab es mehr Arbeitnehmer, die in Lohn und Brot standen, als heute.

Im Vergleich zum Herbst 1983 ist die **Zahl der Beschäftigten** um 1,3 Millionen gestiegen. In einem Jahr — das ist die Prognose der Sachverständigen — werden es höchstwahrscheinlich noch einmal 400 000 mehr sein. Wenn ich mich daran erinnere, wie in den sieben Jahren meiner Amtszeit die Prognosen der sozialdemokratischen Sprecher dazu lauteten, dann ist mein Wort vom „Horrorgemälde“, das Sie zeichnen, sehr wohl am Platz.

(Beifall bei der CDU/CSU und der FDP)

Die konsequente Politik für Wachstum und Arbeitsplätze ist — das ist einmal mehr bewiesen — eine wirklich soziale Politik im Interesse der Arbeitnehmer.

Richtig ist auch — das gehört ebenfalls zu einem fairen Zeichnen des Bildes —, daß die Zahl von

Bundeskanzler Dr. Kohl

- (A) 1,9 Millionen **Arbeitslosen** für uns nach wie vor nicht akzeptabel ist

(Kühbacher [SPD]: Hoffentlich!)

und daß das eine große Herausforderung ist, die niemand bestreiten kann. Gleichwohl sind auch auf diesem Feld die Fortschritte nicht zu übersehen.

(Frau Oesterle-Schwerin [GRÜNE]: Sie streichen sie aus der Statistik!)

Die Arbeitslosenzahl ist um 200 000 niedriger als vor einem Jahr. Auch im Durchschnitt der EG — und gemessen an allen westlichen Industrieländern — stehen wir heute günstiger da.

Wir wissen auch, daß dieses Problem noch einen neuen, dynamischen Akzent bekommen hat angesichts der gewachsenen Zahl von Aussiedlern, die in den letzten Jahren — und auch in diesem Jahr — zu uns gekommen sind. Wie sähe heute die Lage in der Bundesrepublik angesichts von rund 700 000 **Aus- und Übersiedlern** in diesem Jahr aus, wenn wir nicht eine so günstige wirtschaftliche Entwicklung gehabt hätten?

(Beifall bei der CDU/CSU und der FDP)

Bei dieser Gelegenheit möchte ich aber einmal darauf hinweisen, daß die Zahl der Arbeitslosen kein starrer Block ist. Pro Jahr melden sich 3 bis 4 Millionen Personen als arbeitslos. Eine ähnlich hohe Zahl von Arbeitslosen findet gleichzeitig wieder eine Beschäftigung. Jeder dritte Arbeitslose ist weniger als drei Monate ohne Arbeit.

- (B) (Frau Oesterle-Schwerin [GRÜNE]: Jeder, nicht jeder!)

Das heißt, hinter diesen Zahlen verbirgt sich eine ganz andere Entwicklung, als sie häufig in der Öffentlichkeit dargestellt wird.

(Frau Oesterle-Schwerin [GRÜNE]: Sie sind auf einem Auge blind!)

Für uns sind das alles keine Zufallserfolge. Es sind die Früchte einer Politik, die konsequent auf mehr **Leistung**, mehr **Innovation** und auf **Eigeninitiative** gesetzt hat. Das ist die erfolgreiche Politik im Rahmen der Sozialen Marktwirtschaft, die eben keine Ellbogengesellschaft ist, sondern die Leistung belohnt und denjenigen, die tüchtig sind, die Chance gibt, auch etwas erreichen zu können.

(Beifall bei der CDU/CSU und der FDP)

Und wer nun auf die Jahre seit dem Spätherbst 1982 zurückblickt, der muß sich doch die Frage stellen: Wo stünde die Bundesrepublik Deutschland heute, auch angesichts der Erwartungen unserer Partner in der EG unserer Nachbarn, in Mittel-, Ost- und Südosteuropa und der Länder in der Dritten Welt, wenn wir nicht in diesen Jahren das Ruder kräftig herumgerissen hätten,

(Zuruf von der SPD: Das haben Sie vorhin schon mal gesagt!)

wenn wir nicht, meine Damen und Herren, wieder erfolgreich geworden wären, indem wir den Kurs der

Sozialen Marktwirtschaft konsequent durchgehalten haben?

(Beifall bei der CDU/CSU und der FDP)

Wenn die Staatsquote von 50 % auf 45 % zurückgegangen ist, dann macht das immerhin — auch diese Zahl soll einmal genannt werden — rund 100 Milliarden DM aus, die jetzt Jahr für Jahr bei den Privaten verbleiben. Wir haben den Anstieg der **Staatsausgaben** seit 1982 auf durchschnittlich 3 % gedrosselt. Zwischen 1970 und 1982 war der Zuwachs dreimal so hoch. Meine Damen und Herren, wir haben damit auch Luft geschaffen für steuerliche Möglichkeiten, um den Freiheitsraum des Bürgers zu erweitern.

Was immer Sie an Diffamierungen in den letzten zwei Jahren zu diesem Thema vorgetragen haben: Das größte **Steuerreformpaket** in der Geschichte der Bundesrepublik entlastet Arbeitseinkommen, Unternehmenserträge zwischen 1986 und 1990 um fast 53 Milliarden DM. Und, meine Damen und Herren, jeder spürt, daß dies einen ausgesprochen positiven Impuls für die gesamtwirtschaftliche Entwicklung gegeben hat. Im Gegensatz zu dem, was die Sozialisten bei uns landauf, landab propagieren, ist für jedermann unübersehbar — nicht zuletzt auch für den Arbeitnehmerhaushalt —, daß alle von dieser Steuerentwicklung profitieren, auch und gerade Arbeitnehmerhaushalte mit niedrigen Einkommen und die Familien;

(Beifall bei der CDU/CSU und der FDP)

so z. B., meine Damen und Herren, wenn ab Januar nächsten Jahres, also in ein paar Wochen, eine halbe Million Arbeitnehmer zusätzlich überhaupt keine Steuern mehr zahlen; so z. B., wenn ein durchschnittlich verdienender Familienvater mit zwei Kindern im kommenden Jahr fast 2 000 DM mehr in der Lohntüte sehen wird; so z. B., wenn die Familien ab 1990 insgesamt rund 18 Milliarden DM mehr zur Verfügung haben werden als 1985.

In diesen Zusammenhang gehören auch die Reformmaßnahmen im Bereich der sozialen Sicherung. Meine Damen und Herren, wir haben monatelang hier — und noch mehr draußen im Lande — die gewaltige Diffamierungskampagne gegen die **Gesundheitsreform** erlebt. Heute sehen wir, daß die Kostenexplosion im Gesundheitswesen gestoppt werden konnte, daß die Beitragssätze zur Krankenversicherung nicht nur stabil sind, sondern erstmals sogar gesenkt werden konnten.

(Dr. Lippelt [Hannover] [GRÜNE]: Daß Alte, Kranke vom Dorf nicht mehr in die Stadt fahren können! — Frau Oesterle-Schwerin [GRÜNE]: Wenn Sie nur einen Monat im Jahr vom Warenkorb leben müßten!)

Das Ganze ist eine durch und durch soziale Politik. Ungeachtet Ihrer Demagogie haben wir diese notwendige Maßnahme zur Zukunftssicherung für unser Gesundheitswesen durchgesetzt.

(Beifall bei der CDU/CSU und der FDP)

Bundeskanzler Dr. Kohl

(A) Meine Damen und Herren, zu einem solchen Überblick gehört ein Wort des Dankes auch von meiner Seite, von seiten der Bundesregierung

(Conradi [SPD]: An den Bundesbauminister!)

an die sozialdemokratischen Kollegen, die gemeinsam mit den Kollegen aus der CDU/CSU-Fraktion und der FDP-Fraktion in einer guten und qualifizierten Zusammenarbeit die **Rentenreform** mitgetragen und beschlossen haben. Ich finde es — und hier stimme ich Graf Lambsdorff zu — ausgesprochen gut, daß es — bei allen Kontroversen in vielen wichtigen Fragen — möglich war, an einem Thema, das vor allem einen wichtigen Teil unseres Volkes, nämlich die ältere Generation, ganz unmittelbar betrifft, zu einem solchen Werk der Gemeinsamkeit zu kommen. Ich will hier noch einmal deutlich mein herzliches Wort des Dankes auch an die Kollegen richten, die diese Arbeit geleistet haben.

(Beifall bei der CDU/CSU und der FDP — Kühbacher [SPD]: Auf die Sozialdemokraten ist eben Verlaß, Herr Bundeskanzler!)

Herr Präsident, meine Damen und Herren, wir können heute sagen: Die deutsche Wirtschaft startet von einer soliden Basis in die 90er Jahre. Die Unternehmensbefragungen der letzten Wochen und Monate zeigen deutlich: **Zuversicht und Optimismus** prägen die Stimmung im Lande. Und der Sachverständigenrat wählt dazu den Begriff „**Aufbruchstimmung**“. Genau dies brauchen wir auch am Vorabend der Entwicklungen etwa in der Europäischen Gemeinschaft. Ich denke hier vor allem an den europäischen Binnenmarkt, den wir bis 31. Dezember 1992 vollenden wollen.

(Kühbacher [SPD]: Herr Bundeskanzler, bei solchen Botschaften müssen Sie ein fröhliches Gesicht machen!)

Die Menschen spüren die großen Herausforderungen, die vor uns stehen. Sie sehen, wie dieses Europa zusammenwächst. Der Investitionsboom bei uns und bei unseren europäischen Nachbarn spiegelt auch die Bemühungen wider, sich auf die Zeit nach 1992 vorzubereiten. Wir müssen alles tun, damit die deutschen Unternehmen auch und vor allem bei der Zukunftssicherung für die Arbeitsplätze die notwendigen Chancen erhalten, damit der Standort Bundesrepublik Deutschland das bleibt, was er ist: eine erstklassige Adresse in der Welt.

(Beifall bei der CDU/CSU und der FDP)

Meine Damen und Herren, zu den wirklich dramatischen Herausforderungen unserer Tage, nicht zuletzt auch angesichts der großen Zahl von Aus- und Übersiedlern, die ich eben nannte, gehört die angemessene **Versorgung der Bürger mit Wohnungen**. Niemand streitet ab, daß der unerwartet starke Zustrom von Aus- und Übersiedlern die Probleme ganz erheblich verschärft hat. Zugleich ist aber auch wahr, daß das veränderte Wohnverhalten vieler Mitbürger eine Entwicklung mit heraufbeschworen hat, in der immer mehr Wohnungen gebraucht werden und gebaut werden müssen. So nimmt die Zahl der Einpersonenhaushalte stark zu. Immer mehr Menschen — das hat etwas mit gestiegenen Ansprüchen und

gestiegenem Volkseinkommen zu tun — wünschen sich komfortablere Wohnungen. (C)

Die Bundesregierung hat auf die veränderte Lage rasch reagiert. Bereits im Mai haben wir grundlegende Beschlüsse zur Wohnungsbauförderung gefaßt.

(Wieczorek [Duisburg] [SPD]: Sechs Jahre zu spät!)

— Meine Damen und Herren, ich würde an Ihrer Stelle zu diesem Thema gar nichts sagen.

(Wieczorek [Duisburg] [SPD]: Sie sagen ja auch nichts!)

Denn Sie gehören zu denen, die der deutschen Öffentlichkeit jahrelang die notwendigen Daten aus der Volkszählung verweigert haben. Auch das gehört zu dieser Erfahrung.

(Beifall bei der CDU/CSU und bei Abgeordneten der FDP — Lachen und Widerspruch bei der SPD — Kühbacher [SPD]: Nun ist aber gut! — Dr. Vogel [SPD]: Wiederholen! — Dr. Lippelt [Hannover] [GRÜNE]: Ich muß die SPD in Schutz nehmen! Das waren wir!)

Sie haben jahrelang das, was für einen modernen Industriestaat selbstverständlich ist, nämlich die notwendigen objektiven Daten zu gewinnen, als Schnüffelei des Staates verunglimpft.

(Dr. Vogel [SPD]: Wer hat denn zugestimmt?)

Das war doch Ihre Politik in diesem Zusammenhang. (D)

(Beifall bei der CDU/CSU und bei Abgeordneten der FDP)

Die Bundesregierung hat — ich sage es noch einmal — auf die veränderte Lage rasch reagiert.

(Dr. Vogel [SPD]: Der hat völlig die Orientierung verloren! Der weiß nicht, was er redet!)

Die Maßnahmen wirken bereits.

(Dr. Vogel [SPD]: Wer hat denn das verabschiedet?)

Die Zahl der Wohnungsbaugenehmigungen liegt um 25 % über dem Vorjahresstand.

(Dr. Vogel [SPD]: Keine Ahnung!)

Im Geschoßwohnungsbau beträgt der Anstieg sogar 60 %. Anfang dieses Monats haben wir weitere wichtige zusätzliche Schritte unternommen. Die Bundesregierung wird in den kommenden vier Jahren 8 Milliarden DM bereitstellen, mit deren Hilfe 500 000 Sozialwohnungen gebaut werden sollen. Der Studentenwohnungsbau wird ebenfalls wieder gefördert.

(Frau Oesterle-Schwerin [GRÜNE]: Schickimicki!)

Meine Damen und Herren, wer kurzfristig mehr Wohnraum schaffen will,

(Frau Oesterle-Schwerin [GRÜNE]: Davon verstehen Sie wirklich nichts!)

Bundeskanzler Dr. Kohl

- (A) muß jetzt auch bereit sein, unkonventionelle Wege zu gehen.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU/CSU)

Dazu gehören befristete **Änderungen des Planungs- und Baurechts**.

(Dr. Vogel [SPD]: Handeln, nicht reden! — Zurufe von der SPD: Campingwagen! — Was hat Schneider gemacht?)

Für das Jahr 1990 erwarten wir auf Grund all dieser Maßnahmen den Bau von insgesamt 300 000 neuen Wohnungen.

(Oesterle-Schwerin [GRÜNE]: Schuster, bleib bei deinem Leisten!)

Das zeigt, daß die geplanten Maßnahmen greifen.

(Dr. Vogel [SPD]: Gescheitert!)

Die Bundesregierung allein kann diese Probleme nicht lösen.

(Frau Oesterle-Schwerin [GRÜNE]: Richtig! Die kann sie nicht lösen!)

Wir brauchen die Unterstützung der **Länder und Gemeinden**. Meine Damen und Herren, Sie sollten besser Ihr Augenmerk einmal auf dieses Thema richten. Wenn vor ein paar Tagen der nordrhein-westfälische Wohnungsbauminister mitteilt, daß die Großstädte in Nordrhein-Westfalen die ihnen zustehenden Fördermittel für den Bau von Mietwohnungen nur schleppend abrufen,

(Dr. Vogel [SPD]: Ach komm!)

- (B) wenn die Landeshauptstadt Düsseldorf

(Dr. Vogel [SPD]: Rommel ist schuld!)

erst ein Drittel der hierfür bereitgestellten Finanzmittel in Anspruch genommen hat, dann ist es hohe Zeit, daß Sie sich einmal um dieses Thema kümmern.

(Beifall bei der CDU/CSU und der FDP — Dr. Vogel [SPD]: Rommel ist schuld! Ablenkung!)

Was wir also brauchen, ist dies: Alle Beteiligten müssen ihre Verantwortung voll wahrnehmen

(Dr. Vogel [SPD]: Ja, alle Beteiligten!)

und ihren Beitrag leisten. Dann können wir die anstehenden Probleme lösen.

(Dr. Vogel [SPD]: Rommel lacht ja darüber!)

Meine Damen und Herren, am **Arbeitsmarkt** erfordert der massive **Zuzug von Aus- und Übersiedlern** von uns allen zusätzliche Anstrengungen. Wir wissen, nicht jeder Neuankömmling findet sofort einen Arbeitsplatz. Gerade bei vielen Aussiedlern sind sprachliche Barrieren und die oft unzureichende Qualifikation Hindernisse, die weggeräumt werden müssen; aber diese Schwierigkeiten sind lösbar. Außerdem: Die monatliche Arbeitsmarktstatistik ist eben nur die halbe Wahrheit. Sie sagt zum Beispiel nichts darüber aus, in wie vielen Fällen ein neu zugezogener Schlosser oder Polier eine Personallücke in den Betrieben längst geschlossen hat. Und sie kann schon gar nicht berücksichtigen, meine Damen und Herren, daß etwa die Rumäniendeutschen im Durchschnitt mit vier Kin-

dern je Familie und die Rußlanddeutschen sogar mit fünf Kindern je Familie zu uns kommen und daß gerade auch diese Familien mit ihren Kindern die Zukunft unserer Bundesrepublik Deutschland mit erarbeiten.

(Beifall bei der CDU/CSU und der FDP)

Eines der großen Probleme der nächsten Jahre wird der Mangel an Facharbeitern sein. Auf der anderen Seite stehen wir vor der Tatsache, daß wir viel zu viele bei den Arbeitslosen haben, deren **Qualifikation** nicht ausreichend ist. Mit dem Sonderprogramm für Langzeitarbeitslose, das seit Mitte des Jahres gut angelaufen ist, bietet die Bundesregierung auch diesen besonders benachteiligten Personengruppen zusätzliche Hilfen zur Qualifizierung und Wiedereingliederung an.

Meine Damen und Herren, lassen Sie mich auch hier ein Wort zu den Diskussionen über **Tarifautonomie und Tarifpolitik** sagen. Es besteht überhaupt gar kein Zweifel daran, daß es die Aufgabe der Tarifpartner ist — der Gewerkschaften und der Unternehmerverbände —, Tarife auszuhandeln. Wir alle tun gut daran, dies als selbstverständlich zu akzeptieren. Ich finde, das ist eine der wichtigen und besten Erfahrungen aus der 40jährigen Geschichte unserer Bundesrepublik Deutschland.

Aber, meine Damen und Herren, wer angesichts des Strukturwandels von dem einzelnen Unternehmer und von einzelnen Arbeitnehmer mehr Anpassungswillen und Flexibilität verlangt, der muß dies natürlich auch von den Tarifpartnern fordern können, und das ist überhaupt kein Eingriff in die Tarifautonomie. Wenn sich etwa die deutsche Wirtschaft — und das gilt für alle, die hier beteiligt sind, für Unternehmen wie Gewerkschaften — bei der **Teilzeitarbeit** im Verhältnis zu vergleichbaren Ländern in unserer Nachbarschaft am Ende der Entwicklung befindet, so ist dies doch ein klares Indiz für einen erheblichen Nachholbedarf auf unserer Seite.

(Beifall bei der CDU/CSU und der FDP)

Meine Damen und Herren, ich begrüße es, daß jetzt offensichtlich bei Unternehmensverbänden, bei Arbeitgebern und bei Gewerkschaften über diese Frage stärker diskutiert und nachgedacht wird. Ich begrüße dies ausdrücklich und hoffe, daß die Unternehmer und die Gewerkschaften hier zu neuen Ansätzen kommen. Es will mir nicht in den Kopf, daß das vergleichbare Nachbarland Niederlande prozentual praktisch doppelt so viele Teilzeitarbeitsplätze hat wie wir in der Bundesrepublik. Was dort möglich ist, muß auch bei uns möglich sein.

Meine Damen und Herren, aber auch das gehört zu den Bemerkungen zum Thema Tarifpolitik: Diejenigen, die die Politik — und vor allem die Regierung — bei jeder Gelegenheit für die gesamtwirtschaftliche Entwicklung verantwortlich machen, müssen selbstverständlich auch zur Kenntnis nehmen, daß dann auch die Regierung das Recht hat, im Bereich der gesamtwirtschaftlichen Entwicklung ihre Meinung zum Ausdruck zu bringen.

(Beifall bei der CDU/CSU und der FDP)

Bundeskanzler Dr. Kohl

(A) Meine Damen und Herren, jeder, der gegenwärtig die Diskussion beobachtet und gleichzeitig die Herausforderungen und die Belastungen vor sich sieht, die in diesem Jahr und in den nächsten Jahren auf uns zukommen – etwa das „Fitmachen“ unserer Republik für den europäischen Binnenmarkt nach dem 31. Dezember 1992, die enormen Erwartungen auf finanzielle Hilfe und Leistungen von uns überall in Mittel-, Ost- und Südosteuropa sowie in der Dritten Welt, die Notwendigkeiten etwa im internationalen Umweltschutz, was viel Geld kosten wird –, der muß sich doch immer wieder die Frage stellen: Tun wir das Notwendige auch im Bereich der Tarifpartner, um für die Zukunft konkurrenzfähig zu sein? Das ist keine Einmischung, sondern es ist eine notwendige Feststellung, die jeder akzeptiert, der die **gesamtwirtschaftliche Verantwortung**, die Verantwortung für das Ganze begreift.

(Beifall bei der CDU/CSU und der FDP)

Eines der wichtigsten Felder, in denen der Staat ganz unmittelbar die Wettbewerbsfähigkeit unserer Wirtschaft beeinflusst, ist die **Steuerpolitik**. Auch hier reicht die nationale Perspektive allein für ein sachgerechtes Urteil nicht mehr aus. Vielmehr müssen wir gerade – wiederum am Vorabend der europäischen Entwicklung – die Belastungssituation bei uns mit der bei den wichtigsten Konkurrenten vergleichen, und das Ergebnis – auch das hat der Sachverständigenrat zum Ausdruck gebracht – kann nicht befriedigen. So werden nach dem Inkrafttreten der Steuerreformstufe 1990 einbehaltene Unternehmenserträge in der Bundesrepublik immer noch wesentlich höher besteuert als in den Vereinigten Staaten, in Großbritannien, in Frankreich oder in Österreich. Ich will nur darauf hinweisen, daß gerade die Republik Österreich unter der Führung eines sozialistischen Kanzlers in diesem Felde ganz wesentliche Fortschritte gemacht hat.

(Frau Matthäus-Maier [SPD]: Aufkommensneutral!)

– Das glauben Sie doch selbst nicht. Das glauben Sie wirklich selbst nicht.

(Frau Matthäus-Maier [SPD]: Aber sicher! – Weitere Zurufe von der SPD)

– Ich glaube nicht, daß Sie das hier ernsthaft behaupten wollen.

Investitionskapital reagiert eben auf derartige Unterschiede sehr sensibel. Wenn wir – und das müssen wir doch – die Bundesrepublik als Investitions- und damit auch als Beschäftigungsstandort attraktiv halten wollen, sind weitere Steuerentlastungen unumgänglich.

(Beifall bei der CDU/CSU und der FDP)

Deshalb haben sich die Bundesregierung und die sie tragende Koalition die **Reform der Unternehmensbesteuerung** als eine der Hauptaufgaben für die kommende Legislaturperiode vorgenommen.

(Beifall bei Abgeordneten der FDP)

Es geht uns dabei vor allem darum, daß wir unser Land für Investitionen attraktiv erhalten – und noch attraktiver machen – und damit die Arbeitsplätze von morgen sichern; denn sichere Arbeitsplätze sind auch

die beste Zukunftschance für die Entwicklung unseres Landes im europäischen Binnenmarkt. (C)

(Beifall bei der CDU/CSU und der FDP)

Auch dazu eine kurze Bemerkung. Wir werden uns in wenigen Tagen, am 8. und 9. Dezember, auf dem nächsten EG-Gipfel in Straßburg unter französischer Präsidentschaft treffen. Dieses Treffen ist wegen der anstehenden Themen innerhalb der Gemeinschaft von großer Bedeutung. Es gewinnt eine zusätzliche, für mich wesentliche Bedeutung durch die **Entwicklung in Mittel-, Ost- und Südosteuropa**. Ich sage ganz offen: Ich hätte mir in den letzten Monaten hier einen etwas kräftigeren Impuls aus den Mitgliedstaaten der Europäischen Gemeinschaft – ich sage nicht „aus der Gemeinschaft in Brüssel“, ich mache diesen Unterschied bewußt – gewünscht. **Europäische Solidarität** kann nicht darin bestehen – das ist eben schon gesagt worden –, daß man verlangt, die EG solle mehr tun, und gleichzeitig der EG die notwendigen Mittel nicht zur Verfügung stellt.

(Beifall bei der CDU/CSU, der FDP und der SPD)

Das heißt also ganz konkret: Ich hoffe sehr, daß wir, wenn wir in ein paar Tagen in Straßburg zusammenkommen, uns auch dort einigen können, wo es etwas kostet.

Ich sage das auch im Blick auf Hilfsmaßnahmen, die über die EG hinausgreifen. Das Ein-Milliarden-Programm etwa für Polen, das Präsident Bush angekündigt hat, für das die Amerikaner 200 Millionen Dollar bereitstellen und an dem sich die Bundesrepublik Deutschland mit 250 Millionen Dollar beteiligt – was ich für richtig halte –, harrt immer noch der Ausfüllung; die restliche Summe sehe ich noch nicht gezeichnet. Angesichts der Entwicklung in Polen und in Ungarn meine ich, es sei hohe Zeit, daß nun alle, die es können – es gibt viel mehr, die es können, als jetzt öffentlich gesagt wird –, sich an diesem Vorhaben beteiligen. (D)

(Beifall bei der CDU/CSU, der FDP und der SPD)

Meine Damen und Herren, mit einem Wort, ich hoffe, daß die Botschaft, die von Straßburg ausgeht in die DDR, nach Polen, in die CSSR, in die Sowjetunion, nach Ungarn und in alle Länder, die jetzt hier fragend auf uns schauen, nicht nur eine verbale Botschaft ist, sondern daß ihr Taten folgen. Wir werden uns im Rahmen unserer Möglichkeiten beteiligen.

Der **EG-Gipfel in Straßburg** ist ein wichtiger Meilenstein auf dem Weg zum großen Markt, zur Vollendung des europäischen Binnenmarktes bis zum 31. Dezember 1992. Es gibt eine Reihe von wichtigen Themen.

Erstens geht es um die Ausfüllung der sozialen Dimension des Binnenmarktes. Wer die Diskussion erlebt hat, weiß, wie unendlich schwierig es ist, sich hier auf einen Nenner zu einigen, selbst wenn es ein Nenner auf einem sehr niedrigen Niveau ist.

Wir wollen gemeinsam die **europäische Sozialcharta** als Grundlage unserer weiteren Arbeit verabschieden, und wir wollen hiermit zugleich die Erarbeitung konkreter sozialer Mindestrechte einleiten. Für

Bundeskanzler Dr. Kohl

- (A) uns in der Bundesrepublik war das selbstverständlich — genauso selbstverständlich wie die Feststellung, die ich einmal mehr treffen will: Wir werden auf diesem Feld keine Entwicklungen mitmachen oder dulden, die zu einem Sozialdumping in der Bundesrepublik Deutschland führen.

(Beifall bei der CDU/CSU und der FDP)

Meine Damen und Herren, die Bundesregierung hat in Abstimmung mit unseren Sozialpartnern in der Bundesrepublik einen Katalog von neun Bereichen eingebracht, die wir vorrangig angehen wollen.

Zweitens. Wir wollen in Straßburg, wie ich hoffe, wirklich durchgreifende Beschlüsse bei der **Bekämpfung des Drogenhandels** fassen. Präsident Mitterrand hat hierzu Vorschläge vorgelegt, die ich voll und ganz unterstütze.

Drittens. Wir wollen Fortschritte auf dem Wege zur **Wirtschafts- und Währungsunion**. Die Finanzminister haben am 13. November die grundsätzlichen Entscheidungen getroffen, um in einem ersten Schritt die bestehende Zusammenarbeit in der Wirtschafts- und Währungspolitik zusammenzuführen und zu verstärken.

Diese Beschlüsse tragen unseren grundsätzlichen Orientierungen voll Rechnung. Diese Maßnahmen werden am 1. Juli 1990 zusammen mit der unter deutscher EG-Präsidentschaft im ersten Halbjahr 1988 beschlossenen Liberalisierung des Kapitalverkehrs in Kraft treten. Wir werden darüber hinaus zu befinden haben, wie wir bei der Gestaltung der weiteren Stufen in Richtung auf die Wirtschafts- und Währungsunion vorangehen wollen. Wie beim Europäischen Rat in Madrid beschlossen, wird eine Regierungskonferenz ihre Arbeit aufnehmen, sobald der erste Schritt getan und die Konferenz „umfassend und angemessen“ vorbereitet ist.

(B)

Wir werden bei diesem auch für uns besonders sensiblen Bereich — denken Sie an die Bundesbank und an die Stabilität unserer Währung — jeden Schritt sorgfältig bedenken. Wir werden ihn bedenken in der Verantwortung für die Bundesrepublik Deutschland; aber wir werden ihn auch bedenken in der Verantwortung für die Zukunftsentwicklung im Europa der Zwölf. Wir sehen es als einen wichtigen Erfolg an, daß die Vorbereitungsarbeiten weitgehend auf der Grundlage unserer bewährten geld- und währungspolitischen Strukturen erfolgten. Wir werden daran festhalten, wenn es gilt, im kommenden Jahr in den Kernfragen einen Grundkonsens über Inhalt und Zielsetzung der Wirtschafts- und Währungsunion vor dem Eintritt in die eigentlichen Vertragsverhandlungen zu erarbeiten.

Meine Damen und Herren, ich habe in diesen Tagen Staatspräsident Mitterrand insbesondere hierzu einen konkreten Arbeitskalender vorgeschlagen. Mein Ziel ist — ich will das sehr klar aussprechen —, daß wir rechtzeitig vor der Wahl zum Europäischen Parlament 1994 die konkrete Diskussion über diese Fragen und die notwendigen Ratifikationen in den Parlamenten der EG-Mitgliedstaaten abgeschlossen haben.

(Beifall bei der CDU/CSU und der FDP)

Meine Damen und Herren, hierzu gehört für mich — auch darüber wird in Straßburg zu reden sein —, daß wir neben den Fragen der Wirtschafts- und Währungsunion im Blick auf die Wahl zum Europäischen Parlament 1994 den weiteren Ausbau der **Rechte des Europäischen Parlaments** in Angriff nehmen müssen. Ich halte es für völlig ausgeschlossen, daß wir 1994 mit der jetzigen Ausstattung an Rechten für das Europäische Parlament wieder vor die Wähler in EG-Europa treten und zu einer freien, geheimen und direkten Wahl aufrufen, während die Kompetenz dieses Parlaments weiter hinter den wirklichen Erwartungen der Bürger in Europa zurückbleibt.

(Beifall bei der CDU/CSU, der FDP und der SPD)

Meine Damen und Herren, es ist heute in der Debatte zu Recht von allen Rednern betont worden, daß der Schwerpunkt der politischen Diskussion in diesen Tagen für uns ganz selbstverständlich im Felde der **Deutschlandpolitik** liegt. Seit Öffnung der innerdeutschen Grenze und der Sektorengrenze in Berlin am 9. November ist die Deutschlandpolitik in eine neue Phase eingetreten, mit neuen Chancen und neuen Herausforderungen.

Wir alle empfinden zu Recht große Freude über die neugewonnene **Reisefreiheit** für die Menschen im geteilten Deutschland. Mit unseren Landsleuten in der DDR sind wir glücklich, daß nach Jahrzehnten Mauer und Grenzsperren endlich friedlich überwunden werden konnten.

Wir empfinden — hier stimme ich dem Kollegen Vogel zu — auch Stolz darüber, daß die Deutschen in der DDR mit ihrem friedlichen Eintreten für Freiheit, für Menschenrechte und Selbstbestimmung vor aller Welt ein Beispiel ihres Mutes und ihrer Freiheitsliebe gegeben haben, das übrigens auch überall in der Welt entsprechend gewürdigt wurde.

(Beifall bei der CDU/CSU, der FDP und der SPD)

Wir sind beeindruckt vom lebendigen und vom ungebrochenen **Freiheitswillen**, der die Menschen in Leipzig und in vielen, vielen anderen Städten bewegt. Sie wissen, was sie wollen: Sie wollen ihre Zukunft selbst bestimmen, im ursprünglichen Sinne des Wortes. Wir werden dabei jede Entscheidung, die die Menschen in der DDR in freier Selbstbestimmung treffen, selbstverständlich respektieren.

Wir im freien Teil Deutschlands stehen gerade in diesen Tagen unseren Landsleuten solidarisch zur Seite.

Bundesminister Seitz hat Anfang letzter Woche mit dem Staatsratsvorsitzenden Krenz und mit Ministerpräsident Modrow über die **Vorstellungen der neuen DDR-Führung** gesprochen. Es ging uns darum zu erfahren, wie das öffentlich angekündigte Reformprogramm vollzogen werden soll und in welchem Zeitraum konkrete, für die Menschen auch wirksame Schritte zu erwarten sind.

Es wurde verabredet, daß diese Gespräche Anfang Dezember fortgesetzt werden. Wenn sich, wie wir — und vor allem ich — hoffen, in diesen Gesprächen erste praktische Ergebnisse abzeichnen, möchte ich

Bundeskanzler Dr. Kohl

(A) selbst noch vor Weihnachten mit den Verantwortlichen in der DDR zusammentreffen.

Bundesminister Seiters hat in Ost-Berlin auch mit Vertretern der **Opposition** und der **Kirchen** gesprochen. Ich selbst habe — wie viele andere hier im Hohen Hause — in den letzten Wochen Vertreter der Opposition empfangen. Wir halten es für geboten, bei allem, was wir jetzt tun und entscheiden, die Auffassungen, Meinungen und Empfehlungen der oppositionellen Gruppen in der DDR zu berücksichtigen. Auf diesen Kontakt legen wir weiterhin größten Wert. Wir alle sollten ihn auch in Zukunft intensiv pflegen.

Meine Damen und Herren, es eröffnen sich Chancen für die **Überwindung der Teilung Europas** und damit auch unseres Vaterlandes. Die Deutschen, die jetzt im Geist der Freiheit wieder zusammenfinden, werden niemals eine Bedrohung sein. Vielmehr werden sie — davon bin ich überzeugt — ein Gewinn für das immer mehr zusammenwachsende Europa sein.

(Beifall bei der CDU/CSU, der FDP und der SPD)

Der Aufbruch, den wir heute erleben, ist zunächst das Verdienst der Menschen, die ihren Freiheitswillen so eindrucksvoll demonstrieren. Er ist aber auch das Ergebnis von politischen Entwicklungen der vergangenen Jahre. Auch wir in der Bundesrepublik, meine Damen und Herren, haben mit unserer Politik dazu ganz maßgeblich beigetragen.

(Beifall bei der CDU/CSU und der FDP)

(B) Entscheidend war dafür zunächst, daß wir diese Politik auf dem festen Fundament unserer **Einbindung in die Gemeinschaft freiheitlicher Demokratien** betrieben haben. Geschlossenheit und Standfestigkeit des Bündnisses in der schweren Bewährungsprobe des Jahres 1983 haben sich ausgezahlt. Mit unserem klaren Kurs in der Atlantischen Allianz und in der Europäischen Gemeinschaft haben wir den Reformbewegungen in Mittel-, Ost- und Südosteuropa den Rücken gestärkt.

(Beifall bei der CDU/CSU und der FDP — Widerspruch bei der SPD)

Mit dem Übergang zu neuen Stufen der wirtschaftlichen und politischen Integration in der **Europäischen Gemeinschaft** haben wir erfolgreich das Modell des freien Zusammenschlusses

(Wieczorek [Duisburg] [SPD]: Selbstgerechtigkeit!)

europäischer Völker fortentwickelt, eines Zusammenschlusses — das kann doch jeder erkennen —, der weit über die Gemeinschaft hinaus größte Anziehungskraft ausübt.

(Beifall bei der CDU/CSU und der FDP)

Auf der anderen Seite waren eine entscheidende Voraussetzung die **Reformpolitik von Generalsekretär Michail Gorbatschow** im Innern der Sowjetunion und das von ihm eingeleitete neue Denken in der sowjetischen Außenpolitik. Ohne die Anerkennung des Rechtes der Völker und Staaten auf den eigenen Weg wären die Reformbewegungen in anderen Staaten des Warschauer Pakts nicht erfolgreich gewesen.

(C) Zu der dramatischen Entwicklung in der DDR wäre es nicht gekommen, wenn nicht Polen und Ungarn mit tiefgreifenden Reformen in Politik, Wirtschaft und Gesellschaft vorangegangen wären.

(Beifall bei der CDU/CSU und der FDP)

Meine Damen und Herren, der Erfolg der **Reformbewegungen in Polen und Ungarn** ist eine Voraussetzung für den Erfolg der Reformbewegung in der DDR.

(Beifall bei der CDU/CSU und der FDP)

Das bedeutet auch, daß wir im Rahmen unserer Möglichkeiten alles tun müssen, daß diese beiden Länder die von ihnen gesteckten Ziele auch erreichen.

(Beifall bei der CDU/CSU und der FDP)

Wir alle begrüßen es, daß sich jetzt auch in Bulgarien und in der ČSSR ein Wandel abzeichnet. Ich freue mich ganz besonders, daß der diesjährige Friedenspreisträger des Deutschen Buchhandels, Václav Havel, jetzt endlich die Früchte seines langjährigen Kampfes für die Freiheit ernten kann.

(Beifall bei der CDU/CSU, der FDP und der SPD)

Seine ebenso großartige wie unvergeßliche Dankesrede in der Frankfurter Paulskirche, die er selber nicht vortragen durfte, war eine beeindruckende Abrechnung mit dem „realsozialistischen“ System.

(Beifall bei der CDU/CSU und der FDP — Frau Oesterle-Schwerin [GRÜNE]: Meinen Sie, er freut sich über Ihr Lob?)

(D) — Er freut sich in der Tat über unsere Unterstützung. Das kann ich Ihnen auf Grund sehr persönlicher Zeugnisse versichern.

(Frau Oesterle-Schwerin [GRÜNE]: Das bezweifle ich!)

— Ich glaube nicht, daß er sich, wenn er Sie gehört hätte, über Ihren Beitrag zur europäischen Politik freuen würde.

(Lebhafter Beifall bei der CDU/CSU und der FDP)

Eine bedeutende Rolle hat nicht zuletzt der **KSZE-Prozeß** gespielt, in dem wir gemeinsam mit unseren Partnern auf einen Abbau von Spannungsursachen, auf Dialog und Zusammenarbeit und vor allem auf die Achtung der Menschenrechte gedrängt haben.

(Beifall des Abg. Dr. Dregger [CDU/CSU] — Dr. Vogel [SPD]: Hört! Hört!)

Ein neues Vertrauen in den West-Ost-Beziehungen konnte auch Dank der kontinuierlichen Gipfeldiplomatie der Großmächte und der zahlreichen Begegnungen wachsen, die in diesem Zusammenhang möglich waren — Begegnungen zwischen Staats- und Regierungschefs aus West und Ost.

(Kühbacher [SPD]: In der DDR würde man jetzt sagen: Ein Wendehals!)

Der historische Durchbruch bei der Abrüstung und Rüstungskontrolle ist ein sichtbarer Ausdruck dieses Vertrauens.

Bundeskanzler Dr. Kohl

- (A) Die breit angelegte **Vertragspolitik der Bundesregierung** gegenüber der Sowjetunion und allen anderen Warschauer-Pakt-Staaten hat dieser Entwicklung wichtige Impulse gegeben.

Aber, meine Damen und Herren, zu den Ursachen der jüngsten Veränderungen gehört vor allem auch die konsequente Politik für den Zusammenhalt unserer Nation. Wenn wir etwa den Aufforderungen — auch aus Ihren Kreisen — gefolgt wären, die Geraer Forderungen von Herrn Honecker zu akzeptieren, wären wir längst nicht dort, wo wir heute — Gott sei Dank — stehen.

(Lebhafter Beifall bei der CDU/CSU und der FDP)

Seit 1987 haben uns jährlich viele Millionen Landsleute aus der DDR besucht, darunter zahlreiche junge Leute. Diese „Politik der kleinen Schritte“ hat in schwierigen Zeiten das **Bewußtsein für die Einheit der Nation** wachgehalten und geschärft und das Zusammengehörigkeitsgefühl der Deutschen vertieft.

(Beifall bei der CDU/CSU, der FDP und der SPD)

Meine Damen und Herren, die Entwicklungen der letzten Jahre, die **Besuchszahl** von weit über 10 Millionen bis zum Sommer dieses Jahres seit 1987, widerlegt alle düsteren Prognosen aus dem Jahr 1983, die wir hier hörten und die immer wieder vorgetragen wurden, daß mit dieser Bundesregierung und dieser Koalition eine „neue Eiszeit“ in den West-Ost-Beziehungen kommen würde.

(B)

(Lachen bei der CDU/CSU)

Ich darf hier noch einmal die besonders infame Unterstellung erwähnen, wir seien „nicht friedensfähig“.

Meine Damen und Herren, genau das Gegenteil von all dem, was Sie vorausgesagt haben, ist eingetreten.

(Beifall bei der CDU/CSU und der FDP)

Heute haben wir — und wir sind glücklich darüber — mehr Verständigung und Gemeinsamkeit in Deutschland und in Europa als jemals zuvor seit dem Ende des Zweiten Weltkriegs. Heute stehen wir, für jedermann erkennbar, am Beginn eines neuen Abschnitts der europäischen und der deutschen Geschichte — eines Abschnitts, der über den Status quo, über die bisherigen politischen Strukturen in Europa hinausweist.

Dieser Wandel ist zuallererst ein Werk der Menschen, die auf der Gewährung von Freiheit bestehen, auf der Achtung ihrer Menschenrechte und auf dem Recht, über ihre Zukunft selbst zu bestimmen.

(Beifall bei der CDU/CSU und der FDP)

Alle, die in und für Europa Verantwortung tragen, müssen diesem Willen der Menschen und Völker Rechnung tragen. Wir alle sind jetzt aufgerufen, eine neue Architektur für das europäische Haus, für eine dauerhafte und für eine gerechte Friedensordnung auf unserem Kontinent zu gestalten, wie es ja auch Generalsekretär Gorbatschow und ich in unserer ge-

meinsamen Erklärung hier in Bonn am 13. Juni bekräftigt haben. (C)

(Frau Oesterle-Schwerin [GRÜNE]: „Gorbatschow und ich“! Ist doch lachhaft!)

— Ich weiß nicht, ob Sie während dieser Zeit nicht hier waren. Die Unterschriften sind von den beiden, die ich eben genannt habe.

Dabei müssen, meine Damen und Herren, die legitimen Interessen aller Beteiligten gewahrt werden. Das gilt selbstverständlich — ich betone dies — auch für die deutschen Interessen.

(Beifall bei der CDU/CSU und der FDP)

Wir nähern uns damit dem Ziel, das sich das Atlantische Bündnis bereits im Dezember 1967 gesetzt hatte. Herr Abgeordneter Vogel, wenn Sie die Unterschriften nachlesen, werden Sie unschwer feststellen, wer damals für die Bundesrepublik gezeichnet hat.

Dort heißt es — ich zitiere —:

Eine endgültige und stabile Regelung in Europa ist... nicht möglich ohne eine Lösung der Deutschlandfrage, die den Kern der gegenwärtigen Spannungen in Europa bildet. Jede derartige Regelung muß die unnatürlichen Schranken zwischen Ost- und Westeuropa beseitigen, die sich in der Teilung Deutschlands am deutlichsten und grausamsten offenbaren.

Meine Damen und Herren, wenn das unsere gemeinsame Grundlage ist, dann können Sie, wie ich hoffe, auch dem Folgenden zustimmen:

(D)

Der Weg zur deutschen Einheit, das wissen wir alle, ist nicht vom grünen Tisch oder mit einem Terminkalender in der Hand zu planen. Abstrakte Modelle kann man vielleicht polemisch verwenden, aber sie helfen nicht weiter.

Aber wir können, wenn wir nur wollen, schon heute jene Etappen vorbereiten, die zu diesem Ziel hinführen.

(Dr. Vogel [SPD]: Sehr gut!)

Ich möchte diese Ziele an Hand eines **Zehn-Punkte-Programms** erläutern.

Erstens. Zunächst sind **Sofortmaßnahmen** erforderlich, die sich aus den Ereignissen der letzten Wochen ergeben, insbesondere durch die Fluchtbewegung und die neue Dimension des Reiseverkehrs. Die Bundesregierung ist zu sofortiger konkreter Hilfe dort bereit, wo diese Hilfe jetzt benötigt wird. Wir werden im humanitären Bereich und auch bei der medizinischen Versorgung helfen, soweit dies gewünscht wird und auch nützlich ist.

Wir wissen auch, daß das **Begrüßungsgeld**, das wir für jeden Besucher aus der DDR einmal jährlich zahlen, keine Lösung für die Finanzierung von Reisen sein kann. Letzlich muß die DDR selbst ihre Reisenden mit den nötigen Devisen ausstatten.

Wir sind aber bereit, für eine Übergangszeit einen Beitrag zu einem **Devisenfonds** zu leisten. Voraussetzung dafür ist allerdings, daß der **Mindestumtausch** bei Reisen in die DDR entfällt, Einreisen dorthin erheblich erleichtert werden und die DDR einen eige-

Bundeskanzler Dr. Kohl

(A) nen substantiellen Beitrag zu einem solchen Fonds leistet.

(Beifall bei der CDU/CSU, der FDP und der SPD — Frau Dr. Vollmer [GRÜNE]: Und wieviel zahlen Sie?)

Unser Ziel ist und bleibt ein möglichst ungehinderter Reiseverkehr in beide Richtungen.

(Beifall bei der CDU/CSU, der FDP und der SPD)

Zweitens. Die Bundesregierung wird wie bisher die Zusammenarbeit mit der DDR in allen Bereichen fortsetzen, die den Menschen auf beiden Seiten unmittelbar zugute kommt. Das gilt insbesondere für die **wirtschaftliche, wissenschaftlich-technologische und kulturelle Zusammenarbeit**. Besonders wichtig ist eine Intensivierung der Zusammenarbeit im Bereich des **Umweltschutzes**. Hier kann schon in aller Kürze, wie immer sonst die Entwicklung sein mag, über neue Projekte entschieden werden.

(Beifall bei der CDU/CSU, der FDP und der SPD)

Das gleiche gilt — der Bundespostminister hat die entsprechenden Gespräche eingeleitet — für einen möglichst baldigen umfassenden Ausbau der **Fernsprechverbindungen** mit der DDR und des Telefonnetzes der DDR.

(Beifall bei der CDU/CSU, der FDP und der SPD)

(B) Über den Ausbau der Eisenbahnstrecke Hannover-Berlin wird weiter verhandelt. Ich bin allerdings der Auffassung, daß dies zu wenig ist und daß wir angesichts der jetzt eingetretenen Entwicklung

(Zuruf von der SPD)

— nein; ich meine etwas anderes — uns einmal sehr grundsätzlich über die **Verkehrs- und Eisenbahnlinien in der DDR** und in der Bundesrepublik Deutschland unterhalten müssen.

(Lebhafter Beifall bei der CDU/CSU, der FDP und der SPD sowie der Abg. Frau Garbe [GRÜNE])

Vierzig Jahre Trennung bedeuten ja auch, daß sich die Verkehrswege zum Teil erheblich auseinanderentwickelt haben. Das gilt nicht nur für die Grenzübergänge, sondern beispielsweise auch für die traditionelle Linienführung der Verkehrswege in Mitteleuropa, für die Ost-West-Verbindungen. Es ist nicht einzusehen, weshalb die klassische Route Moskau-Warschau-Berlin-Paris, die ja immer über Köln führte und zu allen Zeiten große Bedeutung hatte, im Zeitalter schneller Züge und am Vorabend des Ausbaus eines entsprechenden europäischen Verkehrswesens nicht mit eingebracht werden sollte.

(Beifall bei der CDU/CSU, der FDP und der SPD)

Drittens. Ich habe angeboten, unsere Hilfe und unsere Zusammenarbeit umfassend auszuweiten, wenn ein **grundlegender Wandel des politischen und wirtschaftlichen Systems in der DDR** verbindlich beschlossen und unumkehrbar in Gang gesetzt wird. „Unumkehrbar“ heißt für uns und vor allem für mich,

(C) daß sich die DDR-Staatsführung mit den Oppositionsgruppen auf eine Verfassungsänderung und auf ein neues Wahlgesetz verständigt.

Wir unterstützen die Forderung nach freien, gleichen und geheimen Wahlen in der DDR unter Beteiligung unabhängiger, das heißt selbstverständlich auch nichtsozialistischer, Parteien. Das Machtmonopol der SED muß aufgehoben werden.

(Beifall bei der CDU/CSU, der FDP und der SPD sowie der Abg. Frau Garbe [GRÜNE])

Die geforderte Einführung rechtsstaatlicher Verhältnisse bedeutet vor allem die Abschaffung des politischen Strafrechts und als Konsequenz die sofortige Freilassung aller politischen Gefangenen.

(Beifall bei der CDU/CSU und der FDP sowie der Abg. Frau Garbe [GRÜNE] und der Abg. Frau Eid [GRÜNE] — Frau Oesterle-Schweirin [GRÜNE]: In der Türkei sind Sie nicht so pingelig!)

— Daß Sie, die Sie hier eingezogen sind, Zeichen des Friedens zu setzen, protestieren, wenn ich über die Freilassung politischer Gefangener spreche, entspricht der Entwicklung, die Sie genommen haben.

(Beifall bei der CDU/CSU und der FDP)

Herr Präsident, meine Damen und Herren, wirtschaftliche Hilfe kann nur dann wirksam werden, wenn grundlegende Reformen des Wirtschaftssystems erfolgen. Dies zeigen die Erfahrungen mit allen RGW-Staaten; mit Belehrungen von unserer Seite hat das nichts zu tun. Die bürokratische Planwirtschaft muß abgebaut werden.

(D) Wir wollen nicht unhaltbar gewordene Zustände stabilisieren. Wir wissen: Wirtschaftlichen Aufschwung kann es nur geben, wenn sich die DDR für westliche Investitionen öffnet, wenn sie marktwirtschaftliche Bedingungen schafft und privatwirtschaftliche Betätigungen ermöglicht. Wer in diesem Zusammenhang den Vorwurf der Bevormundung erhebt, den verstehe ich nicht.

(Dr. Rose [CDU/CSU]: So ist es!)

In Ungarn und in Polen gibt es jeden Tag Beispiele dafür, an denen sich doch die DDR — ebenfalls Mitgliedstaat des RGW — ohne weiteres orientieren kann.

(Beifall bei der CDU/CSU und der FDP sowie des Abg. Stahl [Kempfen] [SPD])

Unser und mein dringender Wunsch ist es, daß es möglichst rasch zu einer solchen Gesetzgebung kommt. Denn es wäre für uns ein wenig erfreulicher Zustand, wenn — was ich ebenfalls wünsche — Privatkapital aus der Bundesrepublik Deutschland in Polen und noch mehr — die Dinge entwickeln sich sehr erfreulich — in Ungarn investiert würde und mitten in Deutschland diese Investitionen ausbleiben. Wir wollen, daß möglichst viele derartige Investitionen von möglichst zahlreichen Unternehmen getätigt werden.

(Beifall bei der CDU/CSU und der FDP)

Ich will es noch einmal klar unterstreichen: Dies sind keine Vorbedingungen, sondern das ist schlicht

Bundeskanzler Dr. Kohl

- (A) und einfach die sachliche Voraussetzung, damit Hilfe überhaupt greifen kann.

(Beifall bei der CDU/CSU, der FDP und bei Abgeordneten der SPD)

Im übrigen kann kein Zweifel daran bestehen, daß dies auch die Menschen in der DDR wollen. Sie wollen wirtschaftliche Freiheit, und sie wollen damit die Früchte ihrer Arbeit endlich ernten und mehr Wohlstand gewinnen.

(Beifall bei der CDU/CSU und der FDP)

Wenn ich heute die Diskussion zu diesem Thema — der künftigen **Wirtschaftsordnung** in der DDR — innerhalb der SED selbst verfolge — wir werden es in ein paar Tagen auf dem Parteitag der SED vor aller Öffentlichkeit erleben können —, dann kann ich beim besten Willen nicht erkennen, daß derjenige, der das hier ausspricht, sich in die inneren Angelegenheiten der DDR einmischt. Ich finde das ziemlich absurd.

(Beifall bei der CDU/CSU und der FDP — Zurufe des Abg. Dr. Lippelt [Hannover] [GRÜNE])

— Es lohnt sich wirklich nicht, auf die Beiträge, die Sie dazwischenrufen, einzugehen. Bloß, es bedrückt mich, wie weit Sie in Tat und Wahrheit von der inneren Situation der Menschen in der DDR und in der Bundesrepublik Deutschland entfernt sind.

(Beifall bei der CDU/CSU und der FDP)

- (B) Viertens. Ministerpräsident Modrow hat in seiner Regierungserklärung von einer **Vertragsgemeinschaft** gesprochen. Wir sind bereit, diesen Gedanken aufzugreifen. Denn die Nähe und der besondere Charakter der Beziehungen zwischen den beiden Staaten in Deutschland erfordern ein immer dichteres Netz von Vereinbarungen in allen Bereichen und auf allen Ebenen.

Diese Zusammenarbeit wird zunehmend auch **gemeinsame Institutionen** erfordern. Bereits bestehende Kommissionen könnten neue Aufgaben erhalten, weitere könnten gebildet werden. Ich denke dabei insbesondere an die Bereiche Wirtschaft, Verkehr, Umweltschutz, Wissenschaft und Technik, Gesundheit und Kultur. Ich brauche nicht zu betonen, daß bei all dem, was jetzt zu geschehen hat, für uns **Berlin** voll einbezogen bleiben muß. Das war, ist und bleibt unsere Politik.

(Beifall bei der CDU/CSU, der FDP und der SPD)

Fünftens. Wir sind aber auch bereit, noch einen entscheidenden Schritt weiterzugehen, nämlich **konföderative Strukturen** zwischen beiden Staaten in Deutschland zu entwickeln mit dem Ziel, eine Föderation, d. h. eine bundesstaatliche Ordnung, in Deutschland zu schaffen. Das setzt aber eine demokratisch legitimierte Regierung in der DDR zwingend voraus.

Dabei könnten wir uns schon bald nach freien Wahlen folgende Institutionen vorstellen: einen gemeinsamen Regierungsausschuß zur ständigen Konsultation und politischen Abstimmung, gemeinsame Fachausschüsse, ein gemeinsames parlamentarisches

Gremium — und manches andere mehr angesichts einer völlig neuen Entwicklung. (C)

Die bisherige Politik gegenüber der DDR mußte sich angesichts der Verhältnisse im wesentlichen auf kleine Schritte beschränken, mit denen wir vor allem versuchten, die Folgen der Teilung für die Menschen zu mildern und das Bewußtsein für die Einheit der Nation wachzuhalten und zu schärfen. Wenn uns künftig eine demokratisch legitimierte, d. h. frei gewählte Regierung als Partner gegenübersteht, eröffnen sich völlig neue Perspektiven. Stufenweise können **neue Formen institutioneller Zusammenarbeit** entstehen und ausgeweitet werden.

Herr Präsident, meine Damen und Herren, ein solches Zusammenwachsen liegt in der **Kontinuität der deutschen Geschichte**. Staatliche Organisation in Deutschland hieß in unserer Geschichte fast immer auch **Konföderation** und **Föderation**. Wir können doch auf diese historischen Erfahrungen zurückgreifen.

(Beifall bei der CDU/CSU, der FDP und der SPD)

Wie ein wiedervereinigtes Deutschland schließlich aussehen wird, das weiß heute niemand. Daß aber die Einheit kommen wird, wenn die Menschen in Deutschland sie wollen, dessen bin ich sicher.

(Lebhafter Beifall bei der CDU/CSU und der FDP — Beifall bei der SPD)

Sechstens. Die Entwicklung der innerdeutschen Beziehungen bleibt eingebettet in den **gesamteuropäischen Prozeß**, d. h. immer auch in die West-Ost-Beziehungen. Die künftige Architektur Deutschlands muß sich einfügen in die künftige Architektur Gesamteuropas. Hierfür hat der Westen mit seinem Konzept der dauerhaften und gerechten europäischen Friedensordnung Schrittmacherdienste geleistet. (D)

Generalsekretär Gorbatschow und ich sprechen in der Gemeinsamen Erklärung vom Juni dieses Jahres, die ich bereits zitiert habe, von den Bauelementen eines „gemeinsamen europäischen Hauses“. Ich nenne beispielhaft dafür die uneingeschränkte Achtung der Integrität und der Sicherheit jedes Staates. Jeder Staat hat das Recht, das eigene politische und soziale System frei zu wählen. Ich nenne die uneingeschränkte Achtung der Grundsätze und Normen des Völkerrechts, insbesondere Achtung des Selbstbestimmungsrechts der Völker. Ich nenne die Verwirklichung der Menschenrechte. Ich nenne die Achtung und Pflege der geschichtlich gewachsenen Kulturen der Völker Europas. Mit alledem wollen wir — so haben es Generalsekretär Gorbatschow und ich festgeschrieben — an die geschichtlich gewachsenen europäischen Traditionen anknüpfen und zur Überwindung der Trennung Europas beitragen.

Siebtens. Die Anziehungs- und Ausstrahlungskraft der Europäischen Gemeinschaft ist und bleibt eine entscheidende Konstante der gesamteuropäischen Entwicklung. Wir wollen und müssen sie weiter stärken. Die **Europäische Gemeinschaft** ist jetzt gefordert, mit Offenheit und Flexibilität auf die reformorientierten Staaten Mittel-, Ost- und Südosteuropas zuzugehen. Dies haben die Staats- und Regierungschefs der

Bundeskanzler Dr. Kohl

(A) EG-Mitgliedstaaten kürzlich bei ihrem Treffen in Paris ja auch so festgestellt.

Hierbei ist die DDR selbstverständlich eingeschlossen. Die Bundesregierung befürwortet deshalb den baldigen **Abschluß eines Handels- und Kooperationsabkommens mit der DDR**, das den Zugang der DDR zum Gemeinsamen Markt erweitert, auch was die Perspektive 1992 betrifft. Wir können uns für die Zukunft sehr wohl bestimmte Formen der Assoziierung vorstellen, die die Volkswirtschaften der reformorientierten Staaten Mittel- und Südosteuropas an die EG heranführen und damit das wirtschaftliche und soziale Gefälle auf unserem Kontinent abbauen helfen. Das ist eine der ganz wichtigen Fragen, wenn das Europa von morgen ein gemeinsames Europa sein soll.

(Beifall bei der CDU/CSU, der FDP und der SPD)

Herr Präsident, meine Damen und Herren, den Prozeß der **Wiedergewinnung** der deutschen Einheit verstehen wir immer auch als europäisches Anliegen. Er muß deshalb auch im **Zusammenhang mit der europäischen Integration** gesehen werden. Ich will es ganz einfach so formulieren: Die EG darf nicht an der Elbe enden, sondern muß die Offenheit auch nach Osten wahren.

(Beifall bei der CDU/CSU, der FDP und der SPD — Dr. Vogel [SPD]: Sehr gut!)

(B) Nur in diesem Sinne — wir haben das Europa der Zwölf immer nur als einen Teil und nicht als das Ganze verstanden — kann die Europäische Gemeinschaft Grundlage einer wirklich umfassenden europäischen Einigung werden. Nur in diesem Sinne wahr, behauptet und entwickelt sie die Identität aller Europäer. Diese Identität, meine Damen und Herren, ist nicht nur in der kulturellen Vielfalt Europas, sondern auch und vor allem in den Grundwerten von Freiheit, Demokratie, Menschenrechten und Selbstbestimmung begründet.

(Frau Dr. Vollmer [GRÜNE]: Was wird aus den anderen Teilen der Welt? — Unruhe)

Soweit die Staaten Mittel- und Südosteuropas die erforderlichen Voraussetzungen erfüllen, würden wir es auch begrüßen, wenn sie dem Europarat und insbesondere auch der Konvention zum Schutze der Menschenrechte und Grundfreiheiten beitreten.

(Beifall bei der CDU/CSU, der FDP und der SPD)

Achtens. Der **KSZE-Prozeß** ist ein Herzstück dieser gesamteuropäischen Architektur. Wir wollen ihn vorantreiben und die bevorstehenden Foren nutzen: die Menschenrechtskonferenzen in Kopenhagen 1990 und in Moskau 1991, die Konferenz über wirtschaftliche Zusammenarbeit in Bonn 1990, das Symposium über das kulturelle Erbe in Krakau 1991 und nicht zuletzt das nächste Folgetreffen in Helsinki. Dort sollten wir auch über neue institutionelle Formen der gesamteuropäischen Zusammenarbeit nachdenken. Wir könnten uns eine gemeinsame Institution zur Koordinierung der West-Ost-Wirtschaftszusammenar-

beit sowie die Einrichtung eines gesamteuropäischen Umweltrates sehr gut vorstellen. (C)

(Beifall bei der CDU/CSU, der SPD und der FDP)

Neuntens. Die Überwindung der Trennung Europas und der Teilung Deutschlands erfordern weitreichende und zügige Schritte in der **Abrüstung und Rüstungskontrolle**. Abrüstung und Rüstungskontrolle müssen mit der politischen Entwicklung Schritt halten und, wenn notwendig, beschleunigt werden. Dies gilt im besonderen für die Wiener Verhandlungen über den Abbau konventioneller Streitkräfte in Europa und für die Vereinbarung vertrauensbildender Maßnahmen ebenso wie für das weltweite Verbot chemischer Waffen, das, wie ich hoffe, 1990 kommen wird.

(Beifall bei der CDU/CSU und der FDP sowie bei Abgeordneten der SPD)

Dies erfordert auch, daß auch die Nuklearpotentiale der Großmächte auf das strategisch erforderliche Minimum reduziert werden können.

Das bevorstehende Treffen zwischen Präsident Bush und Generalsekretär Gorbatschow bietet eine gute Gelegenheit, den jetzt laufenden Verhandlungsrunden neue Schubkraft zu geben. Wir bemühen uns — auch in zweiseitigen Gesprächen mit den Staaten des Warschauer Paktes einschließlich der DDR —, diesen Prozeß zu unterstützen.

Zehntens. Mit dieser umfassenden Politik wirken wir auf einen Zustand des Friedens in Europa hin, in dem das deutsche Volk in freier Selbstbestimmung seine Einheit wiedererlangen kann. Die **Wiedervereinigung**, d. h. die Wiedergewinnung der staatlichen Einheit Deutschlands, bleibt das politische Ziel der Bundesregierung. (D)

(Lebhafter Beifall bei der CDU/CSU und der FDP — Beifall bei Abgeordneten der SPD)

Wir sind dankbar, daß wir in der Erklärung des Brüsseler NATO-Gipfels vom Mai dieses Jahres dafür erneut die Unterstützung unserer Freunde und Partner gefunden haben.

Meine Damen und Herren, wir sind uns bewußt, daß sich auf dem Weg zur deutschen Einheit viele schwierige Fragen stellen, auf die korrekterweise heute niemand eine abschließende Antwort geben kann.

(Zuruf von den GRÜNEN)

Dazu gehört vor allem auch — ich betone das — die ebenso schwierige wie entscheidende Frage übergreifender Sicherheitsstrukturen in Europa.

Die Verknüpfung der deutschen Frage mit der gesamteuropäischen Entwicklung und den West-Ost-Beziehungen — wie ich sie soeben in zehn Punkten erläuterte — ermöglicht eine organische Entwicklung, die den Interessen aller Beteiligten Rechnung trägt und — dies ist unser Ziel — einer friedlichen und freiheitlichen Entwicklung in Europa den Weg bahnt. Nur miteinander und in einem Klima des wechselseitigen Vertrauens können wir die Teilung Europas, die immer auch die Teilung Deutschlands ist, friedlich überwinden.

Bundeskanzler Dr. Kohl

- (A) Das heißt, wir brauchen auf allen Seiten Besonnenheit, Vernunft und Augenmaß, damit die jetzt begonnene — so hoffnungsvolle — Entwicklung stetig und friedlich weiterverläuft. Was diesen Prozeß stören könnte, sind nicht Reformen, sondern deren Verweigerung. Nicht Freiheit schafft Instabilität, sondern deren Unterdrückung.

(Lebhafter Beifall bei der CDU/CSU und der FDP — Beifall bei Abgeordneten der SPD)

Jeder gelungene Reformschritt bedeutet für ganz Europa ein Mehr an Stabilität und einen Zugewinn an Freiheit und Sicherheit.

Herr Präsident, meine Damen und Herren, in wenigen Wochen beginnt das letzte Jahrzehnt dieses Jahrhunderts, ein Jahrhundert, das so viel Elend, Blut und Leid sah. Es gibt heute viele hoffnungsvolle Zeichen dafür, daß die 90er Jahre die Chancen für mehr Frieden und mehr Freiheit in Europa und in Deutschland in sich tragen. Es kommt dabei — jeder spürt dies — entscheidend auch auf unseren, den deutschen Beitrag an. Wir alle sollten uns dieser Herausforderung der Geschichte stellen.

(Anhaltender lebhafter Beifall bei der CDU/CSU und der FDP, Beifall bei der SPD — Die Abgeordneten der CDU/CSU erheben sich)

Vizepräsident Cronenberg: Das Wort hat der Abgeordnete Voigt (Frankfurt).

(Dr. Rose [CDU/CSU]: Was kann uns der noch bieten? — Carstensen [Nordstrand] [CDU/CSU]: Gib die Rede zu Protokoll!)

(B)

Voigt (Frankfurt) (SPD): Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Herr Bundeskanzler, Sie sind mit den zehn Punkten, die Sie hier vorgetragen haben, in vielen Begriffen — Politik der kleinen Schritte, KSZE — auf uns zugegangen. In einer solchen Situation, vor solchen Herausforderungen werden wir Sozialdemokraten auch nicht davor zurückscheuen, auf Sie zuzugehen.

(Beifall bei der SPD, der CDU/CSU und der FDP)

Sie werden gemerkt haben, daß zwischen den Ausführungen von Jochen Vogel heute morgen und dem, was Sie jetzt in den zehn Punkten vorgetragen haben, keine konzeptionellen Differenzen zu erkennen sind.

(Zuruf von der CDU/CSU: Bravo!)

Deshalb stimmen wir Ihnen in allen zehn Punkten zu.

(Beifall bei der SPD, der CDU/CSU und der FDP — Zuruf von der CDU/CSU: Wiedervereinigung?)

Und bei allem Streit, der im einzelnen bei der Umsetzung dieser Punkte oder bei der Interpretation des einen oder anderen Punktes bleiben wird, bieten wir Ihnen unsere Zusammenarbeit bei der Verwirklichung dieses Konzeptes, das auch unser Konzept ist, an.

(Beifall bei der SPD, der CDU/CSU und der FDP)

Es ist wahr: Die **demokratische Revolution in Osteuropa** eröffnet jetzt eine realistische Perspektive für eine neue Einheit unseres bisher gespaltenen Kontinents und damit auch für eine **Einheit der Deutschen**. Die Deutschen in der DDR haben dadurch, daß sie friedfertig Freiheitsrechte erkämpften, der deutschen Nation mehr gedient als die gesamte nationale Rhetorik von bestimmten Gruppen der Rechten seit dem Untergang des Hitlerreiches.

(Beifall bei der SPD)

Die Deutschen in der DDR üben ihr **Selbstbestimmungsrecht** in Formen aus, die eher an die Form von Kirchentagen und der Friedensbewegung erinnern als an die von Vertriebenenverbänden.

(Beifall bei der SPD und bei Abgeordneten der FDP)

Nationales geschieht, aber Nationalisten werden isoliert! In Berlin vereinen sich die Bürger einer bisher geteilten Stadt, zahlreiche neue Grenzübergänge werden geschaffen, die getrennten Teile der Stadt werden durch neue Verbindungen und Bindungen wieder zusammengefügt. Ohne staatliche Neuorganisation von oben, ohne daß Statusfragen oder völkerrechtliche Fragen bereits aufgeworfen werden, vollzieht sich der Prozeß des Wiedersehens und der Wiedervereinigung von langgetrennten Freunden und Familien. Das ist die Einheit, die aus Freiheit und Menschenrechten und nicht aus Staatsrecht entsteht. Das ist die Einheit, die wir Sozialdemokraten wünschen und die wir unterstützen.

(Beifall bei der SPD)

(D)

Aber in dem **Prozeß der Demokratisierung** in der DDR, in Polen, in der Sowjetunion, in Bulgarien und jetzt in der Tschechoslowakei beginnt auch die **Überwindung der bisherigen Spaltung Berlins**, der beiden deutschen Staaten und der beiden Teile Europas. Die Deutschen und die Europäer gewinnen so durch Friedenswillen und durch Demokratie an Einheit. Dieser Einigungsprozeß kann, wenn wir den Begriff des neuen Ministerpräsidenten der DDR aufgreifen, erst einmal zu einer „Vertragsgemeinschaft“, zum engen Miteinander zweier völkerrechtlich getrennter deutscher Staaten, dann zu einer Konföderation zweier gleichberechtigter deutscher Staaten mit gemeinsamen Institutionen, wie Johannes Rau das vor einer Woche auf dem Landesparteitag auch vorgeschlagen hat, oder schließlich auch zu einem in einer europäischen Struktur eingebundenen Bundesstaat führen. Keine dieser Entwicklungen ist ausgeschlossen; keine möchten wir von vornherein ausschließen. Aber nie sollten wir den Bürgerinnen und Bürgern der DDR vorzuschreiben versuchen, wie sie sich entscheiden sollen. Das **Recht auf Selbstbestimmung** schließt das Recht auf unterschiedliche Ergebnisse bei der Ausübung dieses Rechts ein.

Wir Sozialdemokraten sind für das jeweils erreichbare Höchstmaß an Einheit. Aber dabei sollten wir alle — Sie von den Regierungsparteien und wir in der Opposition — beachten: Die Deutschen können nur an Einheit gewinnen, wenn Europa durch ihre Einheit auch an Frieden gewinnt.

(Beifall bei der SPD)

Voigt (Frankfurt)

(A) Es wäre blanker Zynismus, wenn von der Einheit der Deutschen geredet wird und wenn die Bundesregierung die Deutschen in der DDR gleichzeitig wirtschaftlich und sozial im Regen stehen ließe. Wer das Recht auf Selbstbestimmung ernst nimmt, darf die Übernahme des politischen und wirtschaftlichen Systems der Bundesrepublik Deutschland nicht zur Vorbedingung für Hilfe und Zusammenarbeit erheben.

Deutsch-deutsche Institutionen und Vereinbarungen wie der Grundlagenvertrag sollten daraufhin überprüft werden, welche in ihnen enthaltenen **Kooperationsmöglichkeiten** noch nicht voll ausgeschöpft worden sind — wie Sie das soeben auch gesagt haben — und wo zusätzliche Vereinbarungen, Verträge und Institutionen sinnvoll und geboten erscheinen. Zu solchen Institutionen gehören dann auch Institutionen in Berlin, das dadurch eine neue Rolle in dem Prozeß des Zusammenwachsens von Ost und West und im Prozeß des Zusammenwachsens beider deutscher Staaten erhalten könnte. Das gilt natürlich auch für die von Jochen Vogel und von Bundeskanzler Kohl angesprochene Zusammenarbeit und die spätere Mitgliedschaft in der Europäischen Gemeinschaft und im Europarat.

(B) Der Prozeß des Zusammenwirkens, der mit einer Vertragsgemeinschaft beginnen kann und der dann zu einer Konföderation gleichberechtigter deutscher Staaten führen könnte, läßt sich auf absehbare Zeit mit der Zugehörigkeit zu unterschiedlichen Bündnissen und Wirtschaftssystemen vereinbaren. Auch die Beantwortung grundsätzlicher Fragen nach dem Status von Berlin und den Rechten der Alliierten in bezug auf Deutschland als Ganzes ließen sich in diesem konföderativen Prozeß auf einen späteren Zeitpunkt verschieben. Wer heute die staatliche Einheit der Deutschen auf die Tagesordnung setzt, muß auch bereit sein, die **Zugehörigkeit zu den Bündnissen** auf die Tagesordnung zu setzen. Wir Sozialdemokraten — das ist keine neue Position; sie ist auch im Grundsatzzprogramm der SPD enthalten — halten die Bündnisse auf absehbare Zeit zwar noch für erforderlich, aber wir streben ihre Überwindung in einer europäischen Friedensordnung an.

(Beifall bei der SPD)

Das ist logisch und konsequent. Aber wer — dabei erinnere ich an frühere Äußerungen des Bundeskanzlers — die Mitgliedschaft in der NATO zur Staatsräson erklärt und sie für unabänderlich und nicht überwindbar hält, der kann nicht gleichzeitig von der Wiederherstellung der staatlichen Einheit oder der Neuschaffung einer staatlichen Einheit der Deutschen reden. Das ist widersprüchlich, das ist unlogisch.

(Beifall bei der SPD)

Das wäre ein Widerspruch in der durch Rhetorik eine gegenteilige Politik verschleiert werden würde.

Das neue Denken im Osten erfordert aber auch ein neues Denken im Westen. Die demokratische Revolution in Osteuropa verringert die Gefahr einer militärischen Bedrohung Westeuropas, und zwar ohne daß irgendein Soldat im Osten abgezogen würde. Sie werden die Zahl der Soldaten und Panzer reduzieren, aber die Demokratisierung Osteuropas verringert die militärische Bedrohung Westeuropas, denn die Men-

(C) schen in Prag, Leipzig, Budapest, Warschau, Moskau und Ost-Berlin wollen die Bundesrepublik Deutschland nicht angreifen. Wenn in diesen Ländern aus freien Wahlen hervorgegangene demokratische Regierungen die Außen- und Sicherheitspolitik bestimmen, dann ist das ein Schutz vor Angriffsabsichten. Warum sollte dann nicht jenseits aller Waffen — ganz egal wo sie stationiert sind und wie viele stationiert sind; ich hoffe, es werden immer weniger sein — ein solches Verhältnis zwischen Ost und West in Europa wie heute zwischen der Bundesrepublik Deutschland und Frankreich entstehen? Das heißt: Dann gibt es keine Abschreckung mehr, weil es kein Abschreckungsverhältnis mehr zwischen Ost und West gibt, sondern weil es dann gemeinsame Sicherheit und eine europäische Friedensordnung gibt.

(Beifall bei der SPD)

Oder glaubt ernsthaft jemand im Saal, daß sich in Osteuropa demokratische Regierungen und pluralistische Gesellschaften zu einem Angriff, geschweige denn zu einem Überraschungsangriff auf uns entschließen, oder sich dafür überhaupt koordinieren könnten?

Wir Sozialdemokraten bejahen die **Bundeswehr und Wehrpflicht**. Aber wir wollen, daß ihr zahlenmäßiger Umfang, ihre Ausrüstung und ihre Strategie der heutigen und der künftigen Lage in Europa angepaßt wird. Das setzt drastische Reduzierungen der in Ost und West, auch der bei uns stationierten Streitkräfte voraus, auch eine drastische Reduzierung der Bundeswehr.

(Beifall bei der SPD)

(D) Das sollte man frühzeitig sagen. Man sollte auch sagen, daß die Wehrpflicht nicht verlängert wird, sondern daß sie verkürzt wird, und zwar unter das jetzige Maß hinaus.

(Beifall bei der SPD)

Man sollte jetzt auch sagen — dazu habe ich eine Aussage des Bundeskanzlers vermißt —, daß keine neuen **Kurzstreckenraketen** in der Bundesrepublik stationiert werden.

(Beifall bei der SPD)

Man sollte auch sagen, daß alle nuklearen Gefechtsfeldwaffen aus der Bundesrepublik und aus Osteuropa weg müssen; denn wir brauchen keine Waffen, die unsere Partner in Prag, in Ost-Berlin und in Warschau bedrohen.

(Beifall bei der SPD)

Wir brauchen auf absehbare Zeit noch das Bündnis. Wir brauchen es auch, um einen sicherheitspolitischen Nationalismus zu vermeiden bzw. zu verhindern. Aber das Bündnis muß sich jetzt in der Abrüstung und weniger in der Abschreckung bewähren. Wir brauchen, wenn überhaupt, ein Minimum an Abschreckung, aber ein Maximum an Abrüstung und Zusammenarbeit.

Wir wollen durch unsere in Westeuropa eingebettete Politik, durch unsere Politik der europäischen Einigung unsere nationalen Interessen verwirklichen. Aber wir wollen sie in einer Weise verwirklichen, die nicht nur die Einheit der Deutschen, sondern auch die

Voigt (Frankfurt)

- (A) **Einheit der Europäer** fördert. Das ist dann nicht 1871, der Prozeß der Einigung von oben. Das ist nicht ein Prozeß der Einigung, der mit der Annexion von Elsaß-Lothringen und der Unterdrückung von Polen verbunden war.

Das ist dann das Hambacher Fest von 1832, wo das erste Mal die Fahne der deutschen Demokratie schwarz-rot-gold gezeigt wurde, wo nicht nur die deutsche Fahne, sondern auch die französische und die polnische Fahne gezeigt wurde.

(Beifall bei der SPD)

Heute würde zusätzlich die Fahne Europas gezeigt werden.

Das ist die Freiheit, die sich mit Einheit verbinden läßt, weil sie von unten erwächst, weil sie mit Selbstbestimmung und weil sie durch Interessenausgleich mit unseren Nachbarn in Ost und West verbunden ist. Mit einem solchen deutschen Einheitsstreben können sich Europäer in Ost und West identifizieren. Davor braucht niemand Angst zu haben. Alles andere wäre nationalistisch, aber nicht patriotisch.

(Beifall bei der SPD)

Vizepräsident Cronenberg: Das Wort hat der Abgeordnete Bohl.

Bohl (CDU/CSU): Herr Präsident! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Die epochalen Umbrüche in Ost- und Mitteleuropa machen, so glaube ich, ganz besonders und eindrucksvoll deutlich, daß der **Zusammenbruch des real existierenden Sozialismus** auch den Bankrott der sozialistischen Idee insgesamt bedeutet.

(B)

(Beifall bei der CDU/CSU)

Die Ereignisse dort sprechen für sich. Aber ich glaube hinzufügen zu können, daß der Sozialismus nicht nur in diesen Staaten zu Grabe getragen wird. Es ist ein weltweiter Prozeß, der sich vollzieht.

(Zuruf von der SPD: Erzählen Sie das einmal Herrn Mitterrand!)

Auch in westlichen Industriestaaten, in denen Sozialisten an der Regierung sind, wird eine **marktwirtschaftliche Politik** betrieben. Ich nenne Frankreich, ich nenne Spanien, und ich nenne auch das schöne Neuseeland. Was in diesen Ländern an freier Wirtschaftspolitik betrieben wird, triebe hierzulande die politische Linke zur Weißglut.

Sogar der Außenminister von Vietnam hat vor kurzem für sein Land und seine Regierung erklärt: Wir stimmen jetzt alle überein, daß wir eine Marktwirtschaft brauchen. Vietnam — daran muß erinnert werden — war lange Zeit kommunistischer Frontstaat und vor allem Symbolstaat der westdeutschen Linken — Herr Voigt, Sie sollten zuhören — gegen den sogenannten Kapitalismus. Einige Vertreter von Ihnen sind ja damals für ein vereinigttes kommunistisches Vietnam auf die Straße gegangen. Das sind die gleichen Leute, die sich heute anscheinend vor einem vereinigten, freiheitlichen Deutschland fürchten.

(Beifall bei der CDU/CSU und der FDP)

Und deshalb ist für diese sicherlich peinlich — und ich sage es noch einmal, es ist zu schön —, was der Außenminister sagte: Wir stimmen jetzt alle überein, daß wir eine Marktwirtschaft brauchen. (C)

Es ist so: Die soziale Marktwirtschaft ist eine freiheitliche Wirtschaftsordnung. Der Sozialismus bringt dagegen Daumenschrauben für die Freiheit. Überall, wo es ihn gab, hat sich herausgestellt: Letztlich ist Sozialismus nichts anderes als ein Synonym für Bevormundung und Mißwirtschaft.

Da verwundert schon die Haltung der SPD in diesen Tagen. Willy Brandt sieht in den Revolutionen eine „Renaissance des demokratischen Sozialismus“.

(Beifall des Abg. Voigt [Frankfurt] [SPD])

Und für Sie, Herr Vogel, ist demokratischer Sozialismus eine Leitidee, die an Bedeutung und Anziehungskraft gewinnen werde.

(Beifall bei der SPD — Zander [SPD]: Können Sie was von lernen!)

Hört! Hört! Wenn wir uns die **SPD-Programmdiskussion** anschauen, Herr Zander,

(Zander [SPD]: Ich kann Sie nur ermuntern, das zu tun!)

dann wissen wir, was sich die SPD unter dieser Leitidee vorstellt. Nach den Beschlüssen der Antragskommission für das Grundsatzprogramm soll es eine — hören Sie bitte zu — „gesamtgesellschaftliche Steuerung“ der Wirtschaft geben. Der Staat soll Planungen zusammenführen und zu „übergreifenden Entwicklungsplänen“ verbinden. Meine Damen und Herren, das sind nicht Modifikationen der sozialen Marktwirtschaft, nein das ist die Einführung von Elementen einer sozialistischen Planwirtschaft, die die SPD hier vorhat. Und dagegen werden wir zu Felde ziehen. (D)

(Beifall bei der CDU/CSU und der FDP)

Es gibt allerdings auch andere Stimmen bei der SPD. Annemarie Renger hat anlässlich des 30. Jahrestages der Verabschiedung des Godesberger Programms dazu aufgerufen, sicherzustellen, daß ideologische Voreingenommenheiten und doktrinaire Zwänge, die mit Godesberg aus dem SPD-Programm verabschiedet worden seien, nicht wieder Eingang in sozialdemokratische Perspektiven fänden.

(Sehr gut! bei der CDU/CSU)

Und auch Klaus von Dohnanyi mahnte Sie ja jüngst im „Stern“, übrigens auch ein sehr lesenswerter Artikel —

(Dr. Bötsch [CDU/CSU]: Aber nur der! Sonst nichts!)

— Aber in diesem Fall müssen wir das zugeben.

Er mahnte Sie von der SPD und sieht erfreulicherweise in „Privateigentum, Markt und Demokratie“ essentielle Bausteine jeder wissenschaftlichen technischen Gesellschaft.

Wir stimmen, meine Damen und Herren, Frau Renger und Herrn von Dohnanyi uneingeschränkt zu. Nur, Sie stehen im Widerspruch zu ihrer Partei. Das, was jetzt in der SPD beschlossen werden soll, sind doch genau die ideologischen Voreingenommenheiten.